

Wasser gefüllt, 10 b, die Verbindung mit nur gefärbtem Wasser ist ohne Einfluß auf die Tarifrung.

Kalender (sogenannte Elbschiffahrtskalender), in Form von Notizbüchern, einige unbedruckte Blätter zur Aufnahme von Notizen, 24 a, die unbedruckten Blätter bleiben als unwesentlich bei der Tarifrung außer Betracht.

Mordant, eine mit Terpentinöl gemischte Ammoniakseife, 5 i.

Stimmungsgabeln, eiserne rohe, 6 a 3 b, es kommt bei der Tarifrung nicht darauf an, ob dieselben mehr oder weniger bearbeitet, z. B. abgeschliffen oder polirt sind.

Erlaß der Königl. Bayr. Generaldirect. vom 10. Dezember 1883 Nr. 24168.

Ueber die Tragweite des vom Bundesrathe unterm 1. April v. Js. zu den Worten „in Essig eingelegt“ alin. 3 des Artikels „Gartengewächse“ des amtlichen Waarenverzeichnis beschlossenen Beschlages „ohne jede Zuthat von Gewürz“ hat sich der Zweifel ergeben, ob in Fässern eingehende, in Essig eingelegte Gurken nur dann nach der Tarif-Nummer 25 p. 1 zum Satz von 60 Mk. per 100 kg. zu verzollen seien, wenn dieselben einen Zusatz von der Tarif-Position 25 i. angehörigen Gewürzen erhalten haben, oder ob auch schon eine andere Zuthat, wie insbesondere von Dill- und Kümmelkraut die Anwendung der Tarif-Position 25 p. 2 (4 Mk. per 100 kg.) ausschliesse.

Zur Beseitigung dieses Zweifels ist inhaltlich Entschliebung des Staatsministeriums der Finanzen vom 30. vor. Mts. Nr. 16,297 Entscheidung dahin ergangen, daß schon eine Zuthat von sprachgebräulich als Gewürz bezeichneten aber nicht der Tarif-Position 25 i. angehörigen Stoffen die Anwendung des Zollsatzes der Tarif-Nummer 25 p. 1 auf Essiggurken zur Folge hat.

Steuern.

Branntweinsteuer.

Erlaß der Königl. Bayr. Generaldirect. der Zölle vom 6. Dezbr. 1883 Nr. 24342.

Das k. Staatsministerium der Finanzen hat mit Entschliebung vom 4. d. Mts. Nr. 16,571 in Erweiterung der Bestimmungen in § 47 Ziff. 2 der Instruction zum Vollzuge des Gesetzes über den Branntweinaufschlag genehmigt, daß die Vorschriften des § 38 Ziff. 12 der Instruction (Benützung von Lutterblasen) auf Materialbrennereien gleichmäßige Anwendung zu finden haben.

Erlaß derselben vom 29. Dezember 1883 Nr. 23796.

Durch höchste Entschliebung des k. Staatsministeriums der Finanzen vom 27. d. Mts. Nr. 26298 wurde genehmigt:

1. daß diejenigen Brennereibesitzer, welche für ihren Brennereibetrieb als Eigenbrenner behandelt werden, auch dann noch in dieser Eigenschaft anzuerkennen und demgemäß ihrem gesamten Betriebe die bezüglichlichen Erleichterungen zuzugestehen sind, wenn sie auf ihren Brenn-Vorrichtungen für Weinbauern ihres Wohnortes Weintrebern und Weinhefen — sei es gegen Entgelt, sei es ohne solches — zu Branntwein verarbeiten;
2. daß Brennereibesitzer, welche anderen Landwirthen ihres Wohnortes die Kernobsternte auspressen, als Entschädigung hierfür die Rückstände dieser Ernte ausantwortet erhalten und dieselben entweder allein oder mit anderen nicht mehligten Stoffen eigener Erzeugung zu Branntwein verarbeiten, als Eigenbrenner behandelt werden; sowie
3. daß Abfindungsbrennereien, die nach den bestehenden Bestimmungen als gewerbliche oder Lohn-Brennereien

zu erachten sind, einmal in jedem Betriebsjahre — und zwar bei Beendigung ihres Brennereibetriebes — beliebige Abfindungsperioden bis zu 4 Stunden zugestanden werden dürfen. Zugleich hat das genannte k. Staatsministerium zur Herbeiführung eines gleichmäßigen Verfahrens bestimmt, daß als „Zeitpunkt des Beginnes des Brennens“ im Sinne der Vorschrift der Ministerialentschliebung vom 31. Mai 1881 Nr. 6787 (Amtsblatt Nr. 10 1881) der Augenblick des Aufsetzens des Helmes auf die Brennblase zu erachten, und daher dieser Zeitpunkt in die Spalte 4 des Brennregisters einzutragen ist.

Biersteuer.

Der Malzaufschlag in Bayern. Wie verlautet, besteht die Absicht, Bayerns Brauereien so zu besteuern, daß kleine Brauereien 5 M., mittlere 6 M. und große 6 M. 50 Pf. Steuer per Hektoliter Malz bezahlen.

W e s e l. Das Stadtverordnetencollegium hat beschlossen, vom 1. April 1884 an zur Vesteuerung von Gemeindebedürfnissen von allen in dem Stadtbezirk verbrauchten Bieren, und zwar 65 Pf. von 100 Liter auswärts eingeführten Bieren, 50 Pf. vom Steuersatz von 100 Liter von hiesigen Brauereien an hiesige Wirthe gelieferten Bieren als Abgabe zu erheben und die Art der Steuerermäßigung der Staatsberatung vorzubehalten. Dieser Beschluß wurde mit 14 gegen 9 Stimmen angenommen.

(Allg. Zeitschr. für Bierbrauer etc.)

— Der Magistrat der Stadt Halle beantragt bei der Stadtverordnetenversammlung die Einführung einer kommunalen Biersteuer von 50 pCt. der Braumalzsteuer für einheimisches und von 65 Pf. pro Hektoliter für von auswärts eingeführtes Bier und dagegen die Freilassung der beiden untersten Stufen der Klossensteuer von der Gemeinde-Einkommensteuer und einem Drittel der Miethsteuer.

— In Hann. Münden soll die communale Biersteuer pro Hektoliter Bier M. 0,65 betragen.

— In Aachen 65 Pfg. pro Hektoliter vom auswärtigen und 50 Pfg. pro Hektoliter vom einheimischen Bier. — (Nordd. Brauer-Zeit.)

— Die städtischen Behörden von Rösen gehen mit der Einführung einer Biersteuer vor.

Der Einwand, daß diese Steuer lediglich einzelnen Gewerbetreibenden zur Last fallen würde, wurde mit dem Hinweis entkräftet, daß man in anderen Orten, wo diese Steuer eingeführt sei, trotzdem für 15 Pf. ein Seidel Bier mit $\frac{5}{10}$ Liter Inhalt erhalte, während in Rösen vielfach der gleiche Preis für $\frac{4}{10}$ Liter der gleichen Bierorte erhoben werde. Selbst wenn jedes $\frac{4}{10}$ Liter Bier mit 1 Pf. zur Besteuerung herangezogen werden sollte, so ständen sich diejenigen Gastwirthschaften mit $\frac{4}{10}$ Litergemäßen noch erheblich besser wie diejenigen, welche $\frac{5}{10}$ Litergläser (à 15 Pf.) führten. — (Nordd. Brauer-Zeit.)

Uebergangsabgabe.

Erforderniß der Beifügung von Uebergangsscheinen bei der Versendung von alkoholhaltigen Fabrikaten nach den süddeutschen Staaten. Durch eine erneute Bekanntmachung des Hauptsteueramts für ausländische Gegenstände in Berlin werden die beteiligten Kreise darauf hingewiesen, daß bei der Versendung von Weingeistpolitur (Politurwasser) und Spirituslack, sowie anderen alkoholhaltigen Fabrikaten, insbesondere Parfümerien, gleichviel ob durch die Post oder durch die Eisenbahn, nach den nicht zur Branntweinsteuergemeinschaft gehörigen süddeutschen Staaten (Bayern, Württemberg und Baden) regelmäßig Uebergangsscheine behufs Sicherung der in diesen Staaten zu erhebenden Uebergangsabgaben bei den zuständigen Abfertigungsstellen extrahirt und dem Trans-